

und Organisation in offenen Netzwerken) und „national und von oben nachvollzogen“ wird. 3. Eine Marktberichtigung, durch die sich die Liberalisierung des japanischen Strommarktes nicht mehr verhindern lässt: Subventionierung und Sozialisierung der Kosten atomarer Stromerzeugung gehen zurück, AKW-zentrierte Unternehmen sind dann nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Logik eines AKW-Ausstiegs in Japan, in Abb. S. 74 gut nachvollziehbar, würde wirklichkeitsnah, wenn der Staat und die Stromkonzerne von den Bürgern Druck bekämen.

Dieser Blickpunkt und somit Szenario 2 gerät in den Fokus der drei folgenden Beiträge, in denen Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten und sonstige engagierte Bürger „Fukushima“ auch als Krise des „Systems Japan“ begreifen und einen „Zivilisationsdiskurs“ fordern. Stichworte: „Naturkatastrophe“ versus „menschengemachte Katastrophe“, „Aufklärung“ versus „Diskriminierung“, „konsumfixierte Lebensstile“ versus „nachhaltige Entwicklung“, „Atomsyndikat“ versus „atomfreie Gesellschaft“. Steffi Richter zielt in ihrem „Post-Fukushima-Diskurs“ auf die mediale Verhandlung der atomaren Krise, in der Fukushima hinsichtlich der Informationspolitik mit Tschernobyl (1986) vergleichbar ist und in Anlehnung an Robert Jungk („Der Atomstaat“, 1991) in einen globalkapitalistischen Zusammenhang gestellt wird. Dazu gehört das Problem der Leiharbeiter („Atom-Nomaden“), über deren Arbeit unter Zwangscharakter und Strahlenbelastung man nichts erfahre. Deshalb sei der Kamikaze-Heldenmythos, den man den Liquidatoren andichte, gründlich zu dekonstruieren.

Die Stärkung der Anti-AKW-Bewegung durch alternative, unabhängige Internetmedien und neue digitale Medien (Twitter, Facebook, Blogs, Video-Streaming) zur eindrucksvollen Verschaffung von Öffentlichkeit thematisiert Nicola Liscutin. Der fundamentale Vertrauensverlust in die japanischen Massenmedien als zuverlässige Träger und Vermittler von Informationen

insbesondere in Krisensituationen habe seit „Fukushima“ zu einem entscheidenden Strukturwandel in der Massenkommunikation geführt: von dem monopolisierenden, AKW-gefälligen Nachrichtenportal der herkömmlichen Mainstream-Medien hin zu einer breiten Informationsplattform der „Massen-Selbst-Kommunikation“ z.B. durch „live-sendende Bürger“ (*chūkei shimin*) als wesentliche Kraft basisdemokratischer Kommunikations- und Vernetzungsstrategien.

Positionen in der japanischen Literatur nach „Fukushima“ analysiert Lisette Gebhardt in vier essayistischen Beiträgen bekannter japanischer Autoren. Diesen geht es vor allem um eine Bilanzierung der japanischen Nachkriegsgeschichte im Zeichen des „Systems“ Japan, um die Defizite der japanischen Demokratie und die Möglichkeiten einer neuen kritischen Öffentlichkeit im Lande. Der japanische Bürger solle sich emanzipieren und seine Autonomie entdecken. Dies setze allerdings voraus, dass er selbst Verantwortung trägt und sich von bequemen Mechanismen der Konsumgesellschaft verabschiedet.

Alles in allem ein sehr lesenswerter Band auch für diejenigen, die weniger an Japan als an einem höchst aktuellen Thema interessiert sind, mit spannenden Diskursen zur Emanzipation von der Kernenergie, die offen lassen, wie weit Wünsche auch Wirklichkeit werden.

Winfried Flüchter

**Klaus Brummer,
Stefan Fröhlich (Hgg.): Zehn Jahre
Deutschland in Afghanistan**

Wiesbaden: VS, 2011. 310 S., EUR 39,95

Nachdem Kanzler Schröder als Reaktion auf 9/11 den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ erklärt hat, wurde noch im gleichen Jahr die deutsche Beteiligung in Afghanistan im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* (OEF) und der *International Security Assistance Force* (ISAF) beschlossen. Seit-

dem verteidigt die „idealtypische Zivilmacht“ Deutschland ihre Sicherheit (auch) am Hindukusch. Der Einsatz verzeichnete eine stete Verschlechterung der Sicherheitslage, die von einer kontinuierlichen Ausweitung des Mandats der deutschen Truppen begleitet wurde. Ins deutsche öffentliche Bewusstsein ist der Einsatz nach der kontrovers diskutierten Entscheidung zur Beteiligung vor allem mit der definitorischen Auseinandersetzung (bewaffneter Konflikt? kriegsähnliche Zustände?) und dem Tanklasterunglück in Kunduz gerückt. Nun scheint sich mit dem für 2014 geplanten Abzug der ISAF-Truppen ein Ende der militärischen Beteiligung abzuzeichnen.

Mit dem Sammelband „Zehn Jahre Deutschland in Afghanistan“ liefern Klaus Brummer und Stefan Fröhlich eine politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme des militärischen und zivilen Engagements Deutschlands in Afghanistan seit 2001.

Ausgangspunkt ist eine Einführung in die Thematik durch die Herausgeber, die den Leser auf die folgenden Artikel vorbereitet. Der sich anschließende Block „Analysen“ leuchtet aus einer policyorientierten-Perspektive verschiedene Themenfelder aus. Dabei beschäftigen sich die ersten beiden Beiträge mit der Rolle Deutschlands in supranationalen und internationalen Organisationen in Bezug auf den Afghanistan Einsatz. Hans-Georg Ehrhart befasst sich in seinem Aufsatz kritisch mit dem grundlegenden Konzept des Bundeswehreinsetzes, der vernetzten Sicherheit. Die innenpolitische Entscheidungsfindung ist Gegenstand bei Franz-Josef Meiers Frage nach dem Zusammenspiel von Legislative und Exekutive bei deutschen Auslandseinsätzen. Neben Deutschlands (fehlender) Drogenpolitik in Afghanistan wird auch die regionale Dimension des Afghanistankonflikts in einem Aufsatz von Christian Wagner thematisiert.

Der zweite große Abschnitt „Studien“ versammelt theoriegeleitete Beiträge, die die klassischen drei Analyseebenen der IB abdecken – Individuum, Akteur und System.

Klaus Brummer beschäftigt sich mit den Veränderungen des „Operational Code“ von Angela Merkel (first image) in Bezug auf Deutschlands Afghanistanpolitik. Die zweite Analyseebene (second image/reversed) findet sich zum einen in Sebastian Harnischs soziologisch geprägter Untersuchung der Bedeutung der außenpolitischen Rolle für State-Building Dilemmata. Zum anderen ist sie auch Gegenstand im Beitrag von Harald Müller und Jonas Wolff zum Ansatz der Antinomien des Demokratischen Friedens. Carlo Masala bewegt sich mit seinem Aufsatz auf der dritten, systemischen Analyseebene, wobei er anhand der neorealistischen Kritik am Afghanistankonflikt aufzeigt, dass dem Neorealismus eine verdeckte Normativität innewohnt. Des Weiteren wird die deutsche Afghanistandebatte als ein Prozess der Sicherheitskommunikation untersucht. Felix Berenskötter arbeitet mit einem sozialkonstruktivistischen Blickwinkel die Bedeutung der Differenzen zwischen Deutschland und den USA bzgl. Afghanistan heraus. Abgeschlossen wird der Sammelband durch einen Beitrag von Lothar Rühl, der den bevorstehenden Abzug der ISAF Truppen untersucht.

Der erste Teil der „Analysen“ deckt verschiedenste Themenbereiche ab und liefert dadurch einen sehr guten, detaillierten Überblick. Im zweiten Teil der „Studien“ werden auf der Basis eines pluralistischen Theorieverständnisses verschiedene Facetten des deutschen Engagements in Afghanistan dargelegt. Aufgrund der unterschiedlichen Herangehensweisen kommen die Autoren teilweise zu divergierenden Ergebnissen, die sich jedoch gegenseitig ergänzen – gemäß der Einsicht, dass keine Theorie alleine eine allumfassende und vollständige Erklärung für die verschiedenen Phänomene liefern kann. Der dritte Teil – Abzugsperspektiven – kommt leider zu kurz, was wahrscheinlich der Tatsache geschuldet ist, dass sich die Politikwissenschaften aus verschiedenen Gründen mit Prognosen schwertun.

Da alle Beiträge eigens für den 2011 erschienenen Band geschrieben wurden, liefert er eine einmalige Aktualität. Die Kurzzusammenfassung der Beiträge in der Einleitung, bei der die Reihenfolge durcheinandergekommen ist, sowie die jedem Beitrag vorangestellten *abstracts* vermitteln dem Leser bereits einen guten Überblick. Leider fehlt bei manchen Beiträgen ein Fazit oder eine Schlusszusammenfassung, die sie etwas runder und geschlossener wirken lassen würden. Beim Lesen fallen inhaltliche Doppelungen unter den Artikeln auf. Dies geschieht bei einem Sammelband unweigerlich, teilweise wäre allerdings eine bessere Abstimmung möglich gewesen. Zudem gibt es deutliche Unterschiede in der Klarheit des Aufbaus der Artikel.

Zusammengenommen illustrieren die Beiträge die Ratlosigkeit und Unklarheiten der deutschen Politik sowohl in militärischen als auch zivilen Fragen, sowie das Fehlen einer klaren politischen Perspektive für Afghanistan. Gerade deshalb sollte versucht werden, aus den zahlreichen negativen Erfahrungen Rückschlüsse für das weitere Vorgehen in Afghanistan aber auch für folgende Auslandseinsätze zu ziehen. In dieser Hinsicht schafft es der Sammelband eine Diskussion vorzubereiten und zu unterstützen. Hier ist es schade, dass ein abschließendes Fazit fehlt, in dem es möglich gewesen wäre, die Einsichten und Schlussfolgerungen aus den einzelnen Beiträgen zu bündeln.

Insgesamt kann dieses Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik als die aktuellste politikwissenschaftliche Bewertung zu Deutschlands Rolle in Afghanistan angesehen werden.

Julia Renck